

Kehrseite



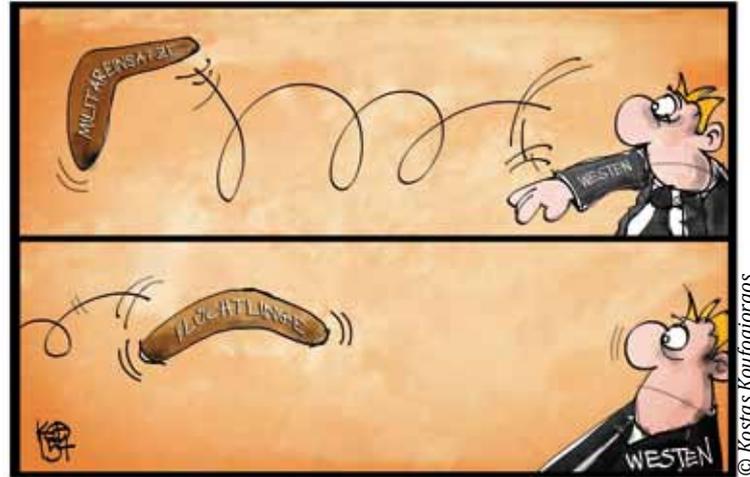
— Editorial ✓ —

Liebe Leserinnen und Leser!

• Wir, die Partei DIE LINKE, sind eine Anti-Kriegspartei. Und wir verstehen uns als Partei der Aufklärung, der Kritik an den gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Kapitalismus. Wir geben uns mit den Erklärungen und angeblich „alternativlosen“ Problemlösungen der tonangebenden Eliten in Politik und Medien nicht zufrieden. Wir haben uns den Anspruch gegeben, hinter die Schlagzeilen zu schauen und uns mit den vermeintlichen Wahrheiten auseinanderzusetzen. Die Weisheit haben wir selbstverständlich auch nicht gepachtet. Auf viele Fragen können wir keine oder nur vorläufige Antworten geben. Aber gerade deshalb wollen wir zum Mitdenken anregen und – das gehört dazu – zum Widerspruch auffordern. Vor allem geht es uns darum, die Nebelwand der veröffentlichten Meinung aufzureißen, um – genau – die *Kehrseite* dessen zu zeigen, was den Menschen Tag für Tag zugemutet wird.

Erstes Beispiel: „An den Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer tragen wir keine Schuld. Aber wir bekennen uns zu unserer Verantwortung.“ Mit solchen Stehsätzen simulieren die politischen Führungskräfte Betroffenheit. Die Wahrheit hinter diesen Phrasen lesen Sie auf auf S. 4.

Zweites Beispiel: „Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion die europäische Nachkriegsordnung radikal infrage gestellt.“ So tönt es



© Kostas Koufogiorgos

auf allen Kanälen und aus dem Bundeskanzleramt. Selbst am Tag der Befreiung, am 8. Mai, wurde der Textbaustein im Bundestag wieder benutzt. Die bald fünfzigjährige Besetzung Palästinas mit ihren permanenten Verletzungen der Menschenrechte und Kriegsoffern scheint dagegen kein Problem zu sein. Um den Verlust jeglicher Glaubwürdigkeit scheint sich die offizielle Politik keine Sorgen zu machen. Mehr zu diesem Thema auf S. 6.

Drittes Beispiel: „Nein, keine weiteren Milliarden für die gierigen Griechen.“ O-Ton der Bildzeitung. Mit einer Ursachenforschung sollen die Leserinnen nicht belastet werden. Sie könnten ja auf ganz andere Gedanken kommen. Wir aber wollen, dass sie genau das tun. Der Beitrag auf Seite 10 kann helfen.



Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 1
- 8. Mai – Tag der Befreiung ! – Rückblende und Ausblick – 2
- Flüchtlinge sind in Steglitz-Zehlendorf willkommen – 3
- Mord durch Unterlassen – 4
- Auftaktveranstaltung zum Bürgerbegehren – 4
- „... werden wir Russland stoppen“ – 6
- Marode Schulen in Steglitz-Zehlendorf – 7
- Ein Investitionspakt für die Kommunen – 8
- Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! – 8
- „Pleite-Griechen“ – Kampagnenjournalismus und Politik – 10
- Keine Angst, der beißt nicht – 10
- DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf unterstützt das Mietenvolksbegehren – 11
- Termine, Zitate – 12



Viertes Beispiel: Die Befürchtungen der Bürger, dass die Kumpanei von Städteplanern und Bauspekulanten weiteren sozialen Sprengstoff erzeugen und ökologisch wertvolle städtische Grünbereiche zerstören könnte, kehrt der Regierende Bürgermeister Müller kurzerhand mit dem Schlagwort „Gruppenegoismus“ beiseite. Das könne bedeuten, „dass diese Gruppen nur ihre Eigeninteressen durchsetzen, und nicht die Interessen der Mehrheit.“ Wessen Interessen sich bei der Zusammenarbeit der Zehlendorfer Politik mit dem so genannten Investor Groth durchsetzen, kann man sehr gut an der Park-Range Lichterfelde-Süd verfolgen, s. Beitrag auf S. 4.

Fünftes Beispiel: „Nichts wünschen wir uns mehr als ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.“ Sagt die Bundeskanzlerin. Dass dadurch ein enormes Anwachsen internationaler Konzernmacht und die Aushöhlung sozialer Rechte zu befürchten ist, aber kaum ein Wachstum von Arbeitsplätzen, interessiert sie nicht. Bei TIPP geht es allein darum, weltweit Marktvorteile für die jeweils eigenen wettbewerbsfähigen Bereiche zu schaffen – zu Lasten der Menschenrechte.

Sechstes Beispiel: „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.“ Mit diesem Satz hat Frau Merkel wirklich Recht. Wer aber hat die Legende von der Vorzeige-Demokratie und der uneigennütigen

Garantie-Macht für Frieden, Freiheit und Menschenrechte in die Welt gesetzt und wiederholt dies ständig? Man könnte es durchaus besser wissen. Schon 1941 erklärte der damalige amerikanische Außenminister James F. Byrne ungeschminkt: „Was wir tun müssen, ist, nicht die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicher zu machen.“ An dieser Maxime der US-Außenpolitik hat sich bis heute nichts geändert (s. a. Beitrag S. 6).

Siebentes Beispiel: „Die Tage, als unserer Agenda in dieser Hemisphäre oft die Annahme zugrunde lag, dass sich die Vereinigten Staaten ungestraft einmischen können, sind vorbei.“ O-Ton B. Obama auf dem Gipfeltreffen der Organisation amerikanischer Staaten. Ein überraschendes Eingeständnis, das, hätte es ein anderer formuliert, sofort als „Antiamerikanismus“ identifiziert worden wäre. Ein Blick auf die Krisenherde der Welt, die Zertrümmerung des Nahen Osten, die US-Aktivitäten in der Ukraine, das weltweite militärische Stützpunktesystem der USA und das Treiben der amerikanischen Geheimdienste, zeigen leider, dass die Jahre der Einmischung nach lange nicht vorbei sind. Der Kampf für eine humane Gesellschaftsordnung, gegen Militarismus und Krieg muss deshalb mit dem Kampf gegen die Hegemonie der Supermacht USA verbunden werden.

Die Redaktion ●

8. Mai – Tag der Befreiung ! – Rückblende und Ausblick

Bundestag

● Richard von Weizsäcker kommt das große, historische Verdienst zu, den 8. Mai als das zu benennen, was er für uns alle ist: ein Tag der Befreiung – so geschehen am 8. Mai 1985.

Nun, 30 Jahre später, hat die aktuelle Feierstunde im Bundestag zum 70. Jahrestag den Eindruck vermittelt, dass sich unsere politischen Eliten mit dieser Bezeichnung – Tag der Befreiung – immer noch schwer tun. Das wurde nicht nur durch die Auswahl des Red-



ners deutlich, sondern auch durch die zuvor getätigte Absage der Bundeskanzlerin, an den Feierlichkeiten in Moskau teilzunehmen. Der geladene Festredner H. A. Winkler, ein konservativer, angepasster Historiker, nahm die Gelegenheit zum Anlass, Deutschland zu würdigen, als habe es aus der Geschichte gelernt und sei deshalb dazu berufen, anderen Völkern zu zeigen, wie sie sich zu verhalten haben. Als sei es legitim, mit der Losung der „Schutzverantwortung“ mit Waffengewalt westliche Werte (die getarnt werden als „Menschenrechte“) durchzusetzen. Es entstand der Eindruck, dass „Winkler seine Rede aus dem Brüsseler Hauptquartier der Nato geschrieben habe“, schrieb Sevim Dagdelen, die Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag für internationale Beziehungen. Auch dass ein Historiker die Geschichte von der Machtübertragung an die faschistische Reichsregierung bis zum Kriegsbeginn 1939 ausblendet und sich nicht schämt zu behaupten, dass das faschistische Unheil mit der „Doppelaggression Hitler-Stalin“ begonnen habe, ist eine grobe Verfälschung der historischen Zusammenhänge und beweist, dass einige aus der Vergangenheit noch immer nichts gelernt haben – unter anderem diejenigen, die einen solchen Redner zu diesem Anlass in den Bundestag eingeladen haben.



Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf

Einen eindrucksvollen Kontrast zur Feier im Bundestag bot die Gedenkveranstaltung, die der Verein „Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde e.V. an der „Säule der Gefangenen“ in Lichterfelde, dem Standort eines Sachsenhausener KZ-Außenlagers, an der Wismarer Straße, bot. Wie in jedem Jahr nahmen auch diesmal Zeitzeugen teil, die allein durch ihre Präsenz der Feierstunde eine besondere Note verliehen haben. Das ergreifende Grußwort des 94-jährigen ehemaligen Häftlings Peter Josef Snep aus Amsterdam hat alle Anwesende tief bewegt. Rudolf Weiskopf berichtete vom Schicksal seines Vaters, dem mit Hilfe einer Frau die Flucht gelang. Es war die spätere Ehefrau seines Vaters und also die Mutter von Rudolf. Seine Schilderung trug dazu bei, dass in dieser Feierstunde zwischen Tränen auch einmal gelächelt werden durfte. Auch die Rede von Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden, und die – wir wollen sie als Stimme der Jugend besonders hervorheben – von Leo Fröhlich, eines Schülers der Louise-Schroeder-Schule, waren eine beeindruckende Werbung für eine andere Erinnerungskultur. Einer Erinnerungskultur, die auf Frieden, Toleranz und Partnerschaft weltweit gerichtet ist. Sie haben nicht nur der Opfer gedacht, was an diesem Ort selbstverständlich ist, sondern sie haben auch diejenigen geehrt, die den Sieg über den Faschismus herbeigeführt haben. In dieser Hinsicht taten sich Redner auf anderen Gedenkveranstaltungen schwer, weil sie die Leistungen der Sowjetunion mit ihrer Roten Armee allzu gern verschweigen wollten.

Schülerinnen und Schüler der Beethoven- und Fichteberg-Oberschule begleiteten die Feierstunde mit feinen Musikdarbietungen und einer Lesung, in der das „Fucik-Vermächtnis“ vorgetragen wurde. Der würdevolle Abschluss blieb den Vertretern von Botschaftern, den Opferverbänden, Vertretern der Parteien und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vorbehalten. Sie alle legten ihre Kränze und Blumengebilde, begleitet von einfühlsam abgestimmter Musik, an den Fuß der „Säule der Gefangenen“.



Hermann-Ehlers-Platz in Steglitz-Zehlendorf

Um die „Verantwortung zum Frieden“ ging es bei der Gedenkveranstaltung auf dem Hermann-Ehlers-Platz in Steglitz, veranstaltet vom „Initiativkreis 8. Mai 1945/2015 in Steglitz-Zehlendorf“. Die Veranstaltung, an der die Kirchen im Bezirk und die in der BVV vertretenen Parteien sowie DIE LINKE teilnahmen, wies in dem Einladungsflugblatt darauf hin: „Am 8. Mai 2015, heute, hat sich unsere Hoffnung, die Welt würde friedlicher werden als trügerisch erwiesen. ... Deshalb fordern wir, den 8. Mai zum Anlass zu nehmen, den Weg zum Frieden in der Welt mit mehr Nachdruck fortzusetzen!“

Der Vorsitzende der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf, René Rögner-Francke, würdigte in seiner Rede den 8. Mai 1945 als einen Tag der Zäsur in der deutschen und der europäischen Geschichte.

Dr. Andreas Nachama, Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, sagte ein „Tag der Befreiung“ sei der 8. Mai erst im Rückblick, damals hätten das viele Menschen nicht so gesehen. Dr. Ute Finckh-Krämer betonte, dass von Deutschland Frieden ausgehen müsse; sie wies auf die Bedeutung von Initiativen für Abrüstung und Rüstungskontrolle hin.

Eberhard Speckmann ●

Flüchtlinge sind in Steglitz-Zehlendorf willkommen – bunter Protest gegen rechtspopulistische Pro Deutschland-Kundgebung

● Aktive der LINKEN. Steglitz-Zehlendorf haben sich gemeinsam mit vielen anderen gesellschaftlichen und politischen Akteuren und engagierten Menschen aus der Nachbarschaft am Samstag, 25.04.2015, schützend vor die Flüchtlingsnotunterkunft in der Lippstädter Straße in Lichterfelde Süd gestellt, um den rechtspopulistischen Positionen von Pro Deutschland breiten bunten Protest entgegen zu setzen. Die kleine Gruppe von Pro Deutschland-Anhänger_innen konnte so weitgehend isoliert werden und gelang nicht in Hörweite

der Flüchtlingsunterkunft. Die bunte Menge zeigte sich solidarisch mit den Geflüchteten und machte deutlich, dass Flüchtlinge hier bei uns im Bezirk und überall willkommen sind!

Bleiberecht überall – Kein Mensch ist illegal!

Franziska Brychey ●





Mord durch Unterlassen

Keine Hilfe für Hunderttausende Flüchtlinge

● Sie haben sich zusammengesetzt, um darüber zu reden. Als Reaktion auf den Tod Hunderter Flüchtlinge innerhalb weniger Tage kamen die EU-Außenminister Mitte April in Luxemburg zu einem außerordentlichen Treffen zusammen. Die Europäische Union müsse so schnell wie möglich dafür sorgen, dass nicht noch mehr Menschen im Mittelmeer umkämen, zitierte die *Deutsche Presseagentur* Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bei dessen Ankunft im Großherzogtum. Doch die EU und an ihrer Spitze die Bundesregierung haben selbst dafür gesorgt, dass noch mehr Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Sie haben die italienische Rettungsmission „Mare Nostrum“ am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Sie haben Frontex zur Jagd auf die Flüchtlinge angesetzt, um die Festung Europa abzuschotten. Sie haben zum Teil die Ursachen überhaupt erst geschaffen, die Menschen zur Flucht nach Europa treiben: Konzerne, die durch das Aufkaufen von fruchtbarem Land und das Leerfischen der Gewässer den Bauern die Existenzgrundlage entziehen. Die NATO, die durch Bombenangriffe und Interventionen für Krieg und Destabilisierung in Afrika sorgt. Angebliche Menschenrechtler, die in Syrien eine „Revolution“, eine Fortsetzung des „Arabischen Frühlings“ witterten und nicht schnell genug Öl in das Feuer des ausgebrochenen Kriegs kippen konnten. Deutsche Rassisten, die schon Angst bekommen,

wenn jemand zu einem anderen Gott betet, als sie selbst. Journalisten der Mainstreampresse, die zu Interventionen und gegen Flüchtlinge hetzen.

„Ganz schnelle Lösungen“ werde es sicherlich nicht geben, zitiert *dpa* den Bundesaußenminister weiter. Warum nicht? Warum beschlagnahmt Ihr nicht die Milliardengewinne der Rüstungskonzerne? Sie haben mit dem Export der Waffen, mit denen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge gemordet wird, Riesengeschäfte gemacht. Warum zieht Ihr Eure Kriegsschiffe nicht aus den Gewässern vor Somalia ab und setzt sie zur Flüchtlingsrettung ein? Warum nutzt Ihr dafür nicht Eure Schiffe im Mittelmeer, die seit 2001 für „Seeraumüberwachung und Terrorismusbekämpfung“ (O-Ton Bundeswehr) eingesetzt sind?

Bundesinnenminister Thomas de Maizière erklärte kürzlich, in Libyen warteten bis zu einer Million Menschen auf eine Gelegenheit zur Überfahrt nach Europa. So viele Menschen hat allein der selbst nur gut fünf Millionen Einwohner zählende Libanon aufgenommen, um ihnen Schutz vor dem Krieg im benachbarten Syrien zu gewähren. Und das reiche Europa kann das nicht? Doch, aber es will nicht. Und die Verantwortlichen können sich derzeit sicher sein, dass sie kein Richter für ihre Beteiligung an dem massenhaften Morden durch Unterlassen zur Verantwortung ziehen wird.

André Scheer ●

(Aus: *Junge Welt*, 14. April)

Auftaktveranstaltung zum Bürgerbegehren

Natur- und Landschaftsschutz mit Wohnen und Arbeiten vereinbaren

● Am 13. Mai hatte das Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde-Süd in den ehemaligen Steglitzer BVV Saal eingeladen, um für das Bürgerbegehren zu mobilisieren. Mit dem Bürgerbegehren soll erreicht werden, dass die geplante Zerstörung von Natur und Umwelt gestoppt wird. Das Aktionsbündnis fordert, dass auf einer Fläche von 16 ha höchstens 1500 Wohnungen gebaut werden und dass bestehende Arbeitsplätze erhalten bleiben. Auftakt der Unterschriftensammlung war das Japanische Kirschblütenfest: dort wurden bereits 500 Unterschriften gesammelt.

Nach der Begrüßung durch die Vertrauensleute des Bürgerbegehrens und Informationen zum Ablauf wurden durch argumentationskräftige Kurzre-



ferate die Forderungen des Aktionsbündnisses untermauert.

Tilman Heuser, Geschäftsführer des BUND Berlin referierte zu Naturschutz in Lichterfelde Süd. Er sagte, dieses Gebiet sollte als Landschaftschutzgebiet ausgewiesen werden, aber Berlin vernachlässige seine Hausaufgaben in Sachen Naturschutz.

Reiner Wild, Geschäftsführer Berliner Mieterverein e.V. führte aus: 60 Prozent aller Wohnungssuchenden seien laut Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt berechtigt, einen Wohnberechtigungsschein zu erhalten; bei einem Fünftel aller Haushalte in Steglitz-Zehlendorf liege das Monatseinkommen unter 1200 Euro, bei 10 Prozent sogar unter 990 Euro pro Monat. Daraus ergebe sich eindeutig ein Bedarf nach Neubau preisgünstigen Wohnraums.

Dr. Thomas Kellermann, sprach zum Thema Wohnumfeld, Natur und Gesundheit. Er zitierte den griechischen Philosophen Epikur: *„Wir dürfen die Natur nicht vergewaltigen, sondern müssen ihr gehorchen; gehorchen werden wir ihr, wenn wir die notwendigen Bedürfnisse befriedigen, die natürlichen nur, wenn sie nicht Schaden bringen; die schädigenden aber müssen wir rücksichtslos unterdrücken.“* Er erklärte, notwendig sei ein Umsteuern der pathogenen Rahmenbedingungen: Armut – Einkommensungleichheit – gesundheitliche Belastungen durch die Umwelt und Arbeitswelt. Gesundheit ohne Gerechtigkeit, Gleichheit und Partizipation ist nicht machbar – und sie beginnt im Kiez.

Prof. Dr. Helmut Schmidt, Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd, sprach zum Thema „Mieten in Steglitz-Zehlendorf“: Welchen Wohnungsbau braucht Berlin-Lichterfelde? Er befasste sich mit den Stadtentwicklungsplänen der Senatsverwaltung und wies sehr präzise nach, dass die bisherigen Planungen von Bezirk und Investor den Richtlinien der Senatsverwaltung widersprechen. Es muss sozialverträglich gebaut werden. Dabei muss so geplant werden, dass die vorhandene Thermometersiedlung Bestandteil der Planungen wird. Es wäre verwerflich und fahrlässig, zwei Trabantsiedlungen nebeneinander zu bauen.

Der anwesende Geschäftsführer der Groth-Gruppe, Thomas Groth wiederholte die bekannten Standpunkte. Groth ist nach wie vor der Ansicht, dass der Bau von 1500 Wohneinheiten sich (für ihn) nicht rechne. Er ist weiter fest entschlossen, 2500 Wohnungen zu bauen, wie es im sogenannten „Letter of Intent“ zwischen Bezirksamt und der Groth Gruppe vereinbart wurde. Stellt sich die Frage, warum Groth überhaupt Workshops zur Bauplanung durchführte, wenn niemals die Bereitschaft bestand und besteht von der Bauplanung für 2500 Wohnungen abzurücken.

● Listen für Unterschriften für das Bürgerbegehren erhalten Sie auch in der Geschäftsstelle DIE LINKE-Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstraße 85a, 12163 Berlin, ausgefüllte Listen können dorthin geschickt oder abgegeben werden. Das Aktionsbündnis Lichterfelde Süd bietet auf der Internetseite, <http://pruefstein-lichterfelde-sued.de/> Listen zum selbst ausdrucken an und weist auf Abgabestellen in Lichterfelde hin.“

Was bedeutet eigentlich Demokratie für unsere gewählten Volksvertreter?

Groth hat die Politiker im Bezirk auf seiner Seite. Der Bezirksbürgermeister Norbert Kopp (CDU) äußerte sich gegenüber der „Berliner Zeitung“: Bis zur Sommerpause soll ein Beschluss für einen Bebauungsplan vorliegen, der Bau der Siedlung könne 2017 beginnen. Kopp sagt: „Ein Bürgerentscheid hat für uns keine bindende Wirkung.“ Eine besonders eifrige Unterstützerin im Bezirk hat Groth durch die Grüne Bezirksstadträtin Markl-Vieto, auch sie war eine vehemente Verfechterin für den „Letter of Intent“. Für den Regierenden Bürgermeister Müller sind Bürger, die für ihre Rechte, für Natur und Umwelt kämpfen, also für allgemeine gesamtstädtische Anliegen, lästig. Bei einer Diskussionsveranstaltung der Industrie und Handelskammer Berlin (IHK) sagte er: *„Da müssen wir aufpassen“*, warnte Müller. *„Weil das bedeuten kann, dass diese Gruppen immer mehr nur ihre Eigeninteressen durchsetzen, und nicht die Interessen einer Mehrheit.“* (zitiert aus der Berliner Zeitung vom 13.5.2015). Der Bürgermeister versteht scheinbar unter den Interessen „der Mehrheit“ die Interessen derjenigen, die das meiste Geld besitzen. Wir klären ihn gerne auf: die Mehrheit sind die BürgerInnen, die die Regierung gewählt haben – nicht jene Investoren und Spekulanten, denen es in erster Linie darum geht, ihren Reichtum zu mehren durch den Bau von Betongold. In einem offenem Brief an den Regierenden heißt es: *„Herr Regierender Bürgermeister: Stellen Sie klar, dass Sie die Interessen der Bürger Berlins vertreten, nicht nur die von Kapitalanlegern. Dass Sie die Lebensqualität in Berlin weiter gemeinsam mit den Berlinern und für die Berliner erhöhen. Oder geben Sie Ihr Amt ab.“* Dem ist nichts hinzuzufügen!

Eberhard Speckmann ●



„... werden wir Russland stoppen“

● Wir wollen Sie mit George Friedman bekannt machen. Er ist der Chef einer führenden US-amerikanischen Denkfabrik namens Stratfor. Das Team des Unternehmens besteht aus Politologen, Ökonomen und Sicherheitsexperten, die über „Informanten“ in allen Regionen der Welt verfügen und eine Vielzahl von allgemein zugänglichen und verdeckten Quellen in allen Regionen der Welt besitzen. Stratfor wird auch als „Schatten-CIA“ bezeichnet. Auf einer Pressekonferenz stellte er auf entsprechende Fragen unverblümt Strategie und Interessen der US-amerikanischen Politik dar. Seine Antworten führen alle Behauptungen ad absurdum, dass Russland die europäische Friedensordnung infrage gestellt habe. Friedmans Äußerungen verdienen es, weithin bekannt gemacht zu werden, handelt es sich doch um nichts weniger als eine drastische Beschreibung von Praxis und Zielstellung US-amerikanischer Politik. Wir drucken einige der wichtigsten Darlegungen Friedmans ab, weil niemand irgendwann sagen darf: „Das haben wir nicht gewusst.“
Quelle der Zitate, direkt (kursiv) und indirekt: George Friedman, Stratfor: „Europe, Destined for Conflict?“, The Chicago Global Council on Global Affairs, Chicago, 4. 2. 2015,

https://www.Youtube.com/watch?v=eLu_yyz3tc

Gleich zu Beginn erklärt Friedmann: „Europa, wie ich vermute, wird zwar nicht zu den großen Kriegen zurückkehren, aber es wird wieder zum menschlichen Normalfall zurückkehren: Es wird seine Kriege haben, seine Friedenszeiten, und es wird seine Leben verlieren. Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine.“ Der hier schon zutage tretenden Verachtung gegenüber Europa setzt Friedman noch eins drauf: „Wir haben keine Beziehung zu Europa. Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein Europa, mit dem die USA Beziehungen haben.“ Wir lernen: nichts liegt den USA ferner als die Idee eines geeinten, starken Europa.

Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im 1. Und 2. Weltkrieg und im Kalten Krieg, habe den Beziehungen zwischen

Russland und Deutschland gegolten. Weil, so Friedman, „*sie vereint die einzige Macht sind, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt, sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt*“. Deshalb sei es für die Vereinigten Staaten das Hauptziel zu vermeiden, dass sich deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoffressourcen und die russische Arbeitskraft zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Und dann fragt Friedman, die US-Strategie unverhüllt offenlegend: „*Also, wie kann man das erreichen, dass diese Kombination verhindert wird? Die USA sind bereit, mit ihrer Karte diese Kombination zu schlagen: Das ist die Linie zwischen Baltikum und dem Schwarzen Meer.*“

Hier ordnet sich die Ukraine ein. Friedman berichtet vom Besuch des Oberbefehlshabers der amerikanischen Bodentruppen in Europa Ende Januar in Kiew. General Ben Hodges habe nicht nur die baldige Ankunft von US-Militärberatern angekündigt, sondern auch Medaillen an die ukrainischen Kämpfer verteilt. Dies sei zwar, gibt Friedman zu, nach dem militärischen Protokoll verboten, weil Ausländer nicht in den Genuss solcher Ehrungen kommen dürften. Aber er tat das, so Friedman wörtlich, „*weil er damit zeigen wollte, dass die ukrainische Armee seine Armee ist. Dann ging er weg, und die Vereinigten Staaten liefern baltischen Staaten Waffen, Artillerie und andere Militärausrüstungen. Die baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien – das ist ein sehr interessanter Punkt.*“ Friedman ist überzeugt: auch die Ukraine werde trotz aller Dementis Waffen aus den USA bekommen. Man wisse, dass die USA bei diesen Handlungen außerhalb der Nato agierten, denn die Nato-Entscheidungen müssten von allen Mitgliedsstaaten gemeinsam getroffen werden. Der Punkt bei der ganzen Sache sei, dass die USA einen „Cordon sanitaire“, einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauten – und Russland wisse das. Jetzt wieder Friedman wörtlich: „*Russland glaubt, die USA beabsichtigten, die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern nur etwas verletzen bzw. ihr Schaden zufügen.*“ Jedenfalls sei man jetzt zurück zum alten Spiel.



Friedman gibt durchaus zu, dass der Status der Ukraine für Russland eine existentielle Frage darstellt. Die Russen könnten nicht einfach wegsehen und loslassen. Für sie sei es von entscheidender Bedeutung, dass die Ukraine ein neutrales und kein prowestliches Land wird. Deshalb gilt für die USA: „Wenn Russland sich weiterhin an die Ukraine hängt, werden wir Russland stoppen.“ Um das zu verhindern, seien Eingreiftruppen in Rumänien, Polen, Bulgarien und in den baltischen Staaten notwendig.

An dieser Stelle fügen wir ein paar Sätze des ehemaligen US-Botschafter in Moskau Jack Matlock, einem Historiker, ein: „Wenn China anfangen würde, eine Militärallianz mit Kanada und Mexiko zu organisieren, würden die USA das nicht tolerieren. Wir würden uns auch nicht auf abstrakte Prinzipien von internationalem Recht beschränken lassen. Wir würden das verhindern. Mit jedem Mittel, das wir haben.“ Das sind Worte eines Jupiters, dem im Gegensatz zum Ochsen alles erlaubt sein soll. Wer sich jetzt noch immer von Demokratie- und Menschenrechts-Phrasen in

US-amerikanischen Farben beeindruckt lässt, sollte sich noch einmal Friedman anhören: Die USA, so der Stratfor-Chef, kontrollierten aus ihren fundamentalen Interessen alle Ozeane der Welt. Keine andere Macht hat das jemals getan. Wörtlich: „Aus diesem Grund intervenieren wir weltweit bei den Völkern, aber sie können uns nicht angreifen. Das ist eine schöne Sache.“ Die imperiale Dreistigkeit, mit der Friedman in der Pressekonferenz die US-amerikanische Außenpolitik umrissen hat, verdeutlicht noch einmal, dass die Hauptverantwortung für die gefährliche Situation in der Ukraine und die drohende Kriegsgefahr von den USA und der von ihr dominierten Nato ausgeht. Mit verschwörungstheoretischem Gerede hat das jedenfalls gar nichts zu tun.

Der Beitrag basiert auf dem Auszug einer Rede von Thomas Hecker ● am 2. Mai 2015. Der Originaltext der Rede steht in den KPF-Mitteilungen, Heft 5/2015.

Marode Schulen in Steglitz-Zehlendorf

● Im April mussten an der Sachsenwaldschule in Steglitz, an der Kronach-Grundschule in Lichterfelde und der Mühlengrundschule in Dahlem mobile Unterrichtsräume, sogenannte „Pavillons“, wegen Einsturzgefahr für den Unterricht gesperrt werden. Von der Sperrung sind ca. 600 Schüler_innen betroffen. Die Pavillons wurden Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre als provisorische Klassenzimmer erbaut und waren eigentlich auch nur für eine Nutzungsdauer von 10 Jahren ausgelegt. Offenbar war dem Bezirksamt über viele Jahre nicht bekannt, dass die Betriebsgenehmigung ausgelaufen war. Erst im Rahmen einer regulären Brandschutzbegehung wurde dies entdeckt. Statiker stellten daraufhin Risse in der Decke und Schäden im Tragwerk fest. Der Bezirksselternausschuss kritisierte, dass dieses Prüfverfahren überhaupt erst auf Druck der Schule beschleunigt wurde. Als „gute Nachricht“ versuchte die Bildungsstadträtin zu verkaufen, dass die mobilen Unterrichtsräume „notsanierbar“ seien, durch Balken und Pfeiler könnten die einsturzgefährdeten Decken abgestützt werden. Innerhalb einer Woche seien die Unterrichtsräume dann wieder nutzbar. Doch dazu kam es leider nicht, denn die Bauaufsicht stellte fest, dass die neu eingebauten Stützpfiler nicht den Brandschutzbestimmungen entsprechen, sodass die Pavillons weiter gesperrt bleiben müssen. Mit einer Rigips-Ummantelung müssen die Pfeiler zuerst brandsicher gemacht werden. Die ca. 600 betroffenen Schüler_innen müssen daher weiterhin provisorisch untergebracht werden – in Horträumen, im Musikzimmer und anderen Fachräumen, sodass ein geordnetes Schulleben kaum möglich ist. Warum die verschiedenen Fachabteilungen des

Bezirksamts bei der Durchführung der Maßnahme offenbar nicht miteinander kooperierten, ist unklar. Offenbar fehlt auch immer noch ein Überblick über den baulichen Zustand von Schulgebäuden im Bezirk. Statik und Brandschutz sind auf jeden Fall nicht die einzigen gravierenden Mängel an den mobilen Unterrichtsräumen. Fenster und Heizungen sind ebenfalls marode. Geprüft wird jetzt, ob sich die Probleme überhaupt noch mit einer Sanierung beheben lassen oder ob die Gebäude gleich abgerissen werden müssen. Wo dann ggf. mehrere hundert Schüler_innen lernen sollen, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Franziska Brychcy ●

Podiumsdiskussion

● Die LINKE. Steglitz Zehlendorf lädt herzlich ein zur Podiumsdiskussion „Marode Schulen in Steglitz-Zehlendorf – Was tun?“ am Di, 23.06.2015, 19 Uhr im Bürgersaal im Rathaus Zehlendorf mit:

Juri Strauß, Mitglied im Bezirksschülerratsausschuss S-Z; *Birgitt Unteutsch*, Vorsitzende des Bezirksselternausschusses S-Z; *Dr. Manuela Schmidt* (MdA), Sprecherin der Linksfraktion für Haushalt und Bezirke; *Michael Karnetzki*, Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für die Abteilung Immobilien und Verkehr; *Dr. Matthias Kollatz-Ahnen*, Senator für Finanzen (angefragt); *Rainer Leppin*, Schulleiter der Fichtenberg-Oberschule (angefragt); *Sylvia Vogt*, Tagesspiegel (Moderation)

Ein Investitionspakt für die Kommunen

● Deutschland lebt von seiner Substanz – jährlich werden von Staat und Unternehmen ca. 80 Mrd. Euro zu wenig investiert. Die Auswirkungen jahrelanger Austeritätspolitik sind nicht mehr zu übersehen: die Selbstknebelung durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, der Einnahmeverzicht durch Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche, die Anbetung der „schwarzen Null“ im Haushalt machen den Staat arm und handlungsunfähig, insbesondere die Kommunen. Aktuell: Marode Brücken müssen gesperrt werden, unzählige Schulen sind in der Substanz sanierungsbedürftig, Schwimmbäder werden geschlossen usw. Dies belastet die BürgerInnen im Alltag, vor allem ärmere Menschen in strukturschwachen (ländlichen) Gebieten. Außerdem hemmt die marode Infrastruktur die Produktivität der Volkswirtschaft. Angesichts erweiterter Aufgaben (Migration etc.) herrscht in den Kommunen eine finanzielle und damit auch eine investive Notlage.

Doch nun scheint Bewegung in die politische Blockade zu kommen: Deutschland diskutiert seit kurzem wieder über Investitionen. Der jetzt vorliegende Expertenbericht einer von Sigmar Gabriel eingesetzten Kommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ gibt (z.T. sehr widersprüchliche und auch nicht unbedenkliche) Anregungen zu den Fragen: Wie kann der Staat unter den heutigen restriktiven Bedingungen dennoch seiner Verantwortung für die zukünftige Infrastruktur nachkommen? Wie kann die Investitionslücke verkleinert werden? Wie kann der Investitionsstau in den Kommunen aufgelöst werden? Welche Spielräume existieren angesichts der Schuldenbremse für eine Ausweitung

öffentlicher Investitionen (s. auch DGB „Marshallplan für Europa“ 2012). Ein zentraler Vorschlag der Kommission ist, einen nationalen Investitionspakt für Kommunen (NIK) zu schließen, in dem der jährlich vorhandene Spielraum von 30 Mrd. Euro für Investitionen in Form öffentlicher Kooperationen genutzt werden kann.

Dieser Vorschlag wird durch Überlegungen aus der SPD-Linken ergänzt, indem folgende Grundsätze zum überfälligen Umbau des öffentlichen (kommunalen) Sektors in die Debatte eingebracht werden:

1. keine Privatisierung durch die Hintertür (Investitionsentscheidung und Kontrolle in öffentlicher Hand);
2. Kostentransparenz über die gesamte Lebensdauer des Projekts;
3. keine Subventionierung des Finanzsektors;
4. Umleitung von Anlage suchendem Kapital großer Investoren in realwirtschaftliche Investitionen, ohne zusätzliche Gewinnquellen für den Finanzsektor zu schaffen (vgl. Carsten Sieling in: spw 2/2015).

Es eröffnet sich in mittlerer-längerer Perspektive die Chance, trotz der durch die GroKo verordneten Sparpolitik, den maroden öffentlichen Sektor zu modernisieren. Das ist vernünftig und gerecht gegenüber der heutigen und der künftigen Generation. Wir dürfen gespannt sein, wie offen und differenziert sich unsere Partei DIE LINKE auf diese Debatte einlässt.

Hasko Hüning ●

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

– Nachdenkliches zum Thema Streik –

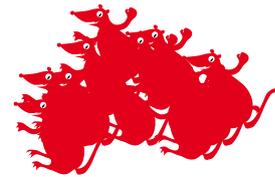
● Ich weiß nicht, ob Sie, liebe Leserin, lieber Leser, jemals einen Artikel für eine Zeitung geschrieben haben und nachempfinden können, wie es ist, wenn man sich bereit erklärt hat, ein klar umrissenes, ganz bestimmtes Thema zu bearbeiten, dann aber in der Vorbereitung des Schreibens feststellt, dass es aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen gibt, die es unmöglich machen, den Artikel so zu schreiben, wie man das zugesagt hatte.

Schreiben wollte/sollte ich über die Mitgliederversammlung der LINKEN Steglitz-Zehlendorf am 10.3.15, zu der wir eine Referentin eingeladen hatten, die bei der CFM arbeitet, der Charité Facility Management GmbH und die uns über die dortigen Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlichen Aktionen berichten sollte. Was sie getan hat.

Es würde durchaus lohnen, das von ihr Berichtete im Detail wiederzugeben. Weshalb ich es nicht tun werde hängt damit zusammen, dass die CFM nur EIN Beispiel dafür ist, wie das Diktat der Gewinnmaximierung konsequent Arbeitsbedingungen und Entlohnung verschlechtert. Als wüssten wir das nicht, reiben wir uns stets die Augen, wenn wir Geschichten aus dieser Alltäglichkeit hören. Ist doch vieles von dem, was die Kollegin erzählte oder was wir aus eigenem Erleben und in anderen Zusammenhängen kennen, schon derart zur Normalität geworden, dass wir kaum mehr darüber nachdenken:

Betriebe gliedern Betriebsteile/Abteilungen aus in Töchter,

– in denen das Lohnniveau um einiges niedriger ist als bei der Mutter (wir reden bei der CFM konkret von 650 bis 775 Euro brutto oder von mehr als 25% Lohnabsenkung),



- die Kollegen, die vorher bei der Mutter gearbeitet hatten, zu verschlechterten Bedingungen wieder einstellen oder
- diese zu gegebenen Bedingungen übernehmen, aber mit Aufzehrung des Besitzstandes,
- die grundsätzlich befristete Arbeitsverhältnisse anbieten,
- und diese nur so lange verlängern, wie gesetzlich nötig und
- die Kollegen nach 2 Jahren wieder hinauskatapulieren.

Damit werden viele Fliegen mit einer Klappe geschlagen – unter anderem sorgt man so dafür,

- dass sich die Belegschaft regelmäßig „verjüngt“ und Ansprüche aufgrund längerer Betriebszugehörigkeit gar nicht erst gestellt werden,
- dass die Fluktuation so groß ist, dass man sich untereinander kaum kennt, geschweige denn solidarisiert oder gar organisiert
- und selbstverständlich gibt es bei der Tochter keinen Tarifvertrag.

Wenn wir dann doch mal ins Nachdenken über diese Mechanismen kommen (und dazu sind solche Begegnungen wie die am 10.3. so wichtig), wenn wir uns wieder einmal vergegenwärtigen, wie sich Arbeit und Arbeitsalltag, Verdienst und finanzielle Absicherung, aber auch berufliche Anforderung verändert haben in den letzten Jahren, dann werden wir keinen Zweifel mehr hegen, dass die Streiks, die uns zur Zeit den Alltag erschweren, schlicht erforderlich sind – und zwar für uns alle.

Am deutlichsten wird dies aktuell bei den Streikaktionen des Pflegepersonals an der Charité: da geht es um die Forderung der Einführung von besseren Personalschlüsseln, weil die Arbeitsbelastung so hoch, die Anforderungen so komplex geworden sind, dass die Beschäftigten nicht mehr für unsere Sicherheit garantieren können. Seit 1996 wurden im Krankenhausbereich 40.000 Stellen in der Pflege abgebaut; hochgerechnet besteht heute ein Bedarf von ca. 70.000 zusätzlichen Stellen – derzeit sind es 310.000 Vollzeitstellen. Im ach so reichen Deutsch-



land ist eine Pflegekraft für 10 PatientInnen zuständig – in Norwegen sind es nur 4. Auch bei anderen Vergleichsgrößen schneiden wir so schlecht ab, dass die Pflegekräfte ihr Glück mittlerweile gerne bei den europäischen Nachbarn suchen und abwandern (s. dazu eine Studie der TU Berlin „Pflege wandert aus“). Das wiederum verschärft hier die Situation: Pflegekräfte sind Mangelware. Was macht das ach so reiche Deutschland? Die einzig richtige Antwort wäre: „Die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen vor Ort werden verbessert“ – das aber geschieht genau nicht. (Empfohlen sei www.mehr-krankenhaus-personal.de mit vielen weiterführenden links und erhellenden Einsichten oder auch die Studie der TU Berlin „Pflege wandert aus“). ErzieherInnen und Sozialarbeitende streiken derzeit auch und machen damit neben ihren Lohnforderungen öffentlich geltend, dass sich Fallschlüssel verändern müssen, weil auch sie für die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Klientel nicht mehr garantieren können. Beim nächsten Fall von unentdeckter Verwahrlosung von Kindern, der durch die Presse geht, sollten wir daran denken!

Streik ist unbequem für die, die davon betroffen sind – aber es ist eine gute Möglichkeit mal wieder darüber nachzudenken, ob wir uns dem angeblich alternativlosen Diktat des Sparens und der Gewinnmaximierung bedingungslos unterwerfen wollen.

Pia Imhof-Speckmann ●

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf unterstützt den Kampf für mehr Personal an der Charité Berlin

● DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf unterstützt den Kampf der Charité-Beschäftigten für eine Mindestpersonalbesetzung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und eine bessere Ausbildungsqualität. Für eine gute Versorgung und Pflege im Krankenhaus ist auch genügend Personal nötig! Die Gesundheit der Patient_innen und der Beschäftigten darf nicht länger auf's Spiel gesetzt werden! Zum Beginn des zweitägigen Warnstreiks am Montagmorgen, 27.04.2015, überbrachten wir dem Streiklokal auf dem Campus Benjamin Franklin unsere Solidaritätserklärung.





„Pleite-Griechen“ – Kampagnenjournalismus und Politik

● „Nein. Keine weiteren Milliarden für die gierigen Griechen!“ So schmetterte das Boulevard-Blatt die Botschaft in halbseitengroßen, blau-weißen Lettern den Bundestagsabgeordneten in Berlin entgegen. Mit dieser Aktion vor der Abstimmung im Bundestag über die weitere Auszahlung der Kreditraten an die Athener Regierung erreichte der Chauvinismus von BILD einen Höhepunkt. Die Schlagzeilen der vergangenen Wochen: „Lokale voll, der Ouzo fließt! So gut geht’s den Pleite-Griechen“, „Griechen reicher als wir!“, „Und DIE wollen UNSER Geld?“ Das nennt man Stigmatisierung und Diffamierung eines Volkes durch Kampagnen-Journalismus.

Seit fünf Jahren läuft diese Berichterstattung. Es ging nie darum, über die Ursachen der Krise geschweige denn über die Auswirkungen der Sparpolitik von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds auf die Bevölkerung zu informieren. Von der humanitären Katastrophe in Griechenland wird vielmehr abgelenkt. BILD-Kritik zielte nicht auf das korrupte Handeln bisheriger Regierungen. Mit den „Pleite-Griechen“ werden Arbeitslose mit steuerhinterziehenden Reichen gleichgesetzt.

Drucksache BILD

Die gewerkschaftsnahe Otto-Brenner-Stiftung (OBS) kritisierte bereits 2011 in einer Studie die Berichterstattung von BILD über Griechenland. Dessen Macher wollen als politische Akteure offensiv mitmischen und Empörung mobilisieren. Die Studie listet die Botschaften der Kampagne auf:

- die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt, tun dies als Uneinsichtige immer noch; damit haben sie allein die Schuldenkrise verursacht;
- weil die Griechen die EU über ihre wahren Verhältnisse getäuscht und über ihre Verhältnisse gelebt haben, haben sie vom deutschen Steuerzahler keine Hilfe verdient;

- die Deutschen haben jahrelang eisern gespart, hart gearbeitet, den Euro wesentlich zu dem gemacht, was er heute ist, und deshalb hat es der deutsche Steuerzahler nicht verdient, nun ausgenutzt zu werden;
- über viele Jahre hinweg war der deutsche Steuerzahler die Melkkuh Europas; damit muss endgültig Schluss sein;
- die Politik nimmt die Interessen des deutschen Steuerzahlers nicht ernst und lässt sich von Schuldsündern und Pleite-Staaten über den Tisch ziehen.

BILD arbeitet, so die OBS-Studie, „nicht mit begründungspflichtigen Wertungen“, sondern spielt scheinbar unanfechtbar mit Gefühlen und oberflächlichen Eindrücken.

Damit operiert BILD allerdings nicht weit entfernt vom „Mainstream der medialen Darstellung“ in Deutschland. „Teutonische Arroganz“ tropft nicht nur aus druckfrischen BILD-Seiten, sondern schlägt sich auch in einem Teil *bundesdeutscher „Qualitätsmedien“* nieder. Der Medien-Journalist Stefan Niggemeier kommt zu der Einschätzung, dass „selbst Sisyphos den Auftrag ablehnen würde, all die Fehler, Irrtümer, Boshaftigkeiten, Unterstellungen, Voreingenommenheiten, Verdrehungen und Ressentiments in der Berichterstattung deutscher Medien über die neue griechische Regierung richtigzustellen“.

Griechenland über den Abgrund schieben?

Während in anderen Ländern die Auffassung an Glaubwürdigkeit gewinnt, dass Austeritätspolitik nicht funktionieren kann, hält man im deutschen Polit-Establishment an der Spar-Ideologie der schwäbischen Hausfrau fest. So auch die SPD, die damit jeden Anschein einer eigenständigen Position in Fragen der „Euro-Krise“ vermeidet. Sie beteiligt sich dabei möglicherweise an dem historischen Desaster, Griechenland „über den Abgrund zu schieben“, wie es der US-Ökonom Paul Krugmann formuliert. Die Partei segelt im Kielwasser von Schäubles Finanzministerium, wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann darüber schwadroniert, man dürfe nicht „vorschnell die noch ausstehenden Kredite auszahlen“, denn noch sei „keine wirkliche Substanz“ in den Reformabsichten der griechischen Regierung zu erkennen. Gegenüber der Vorgängerregierung bestanden diese Vorbehalte nicht. Statt der SYRIZA-Regierung – auch wenn sie nicht zur sozialdemokratischen Parteienfamilie gehört – eine Atempause zu verschaffen, die sie zur Verbesserung des Steuervollzugs und zur Heranziehung des Vermögens der Superreichen benötigt, wird darauf gedrungen, „die Institutionen, die man Troika nennt“ (Angela Merkel) wieder nach Athen zu beordern, um „Fiscal waterboarding“ (Yanis Varoufakis) fortzusetzen.



Bei den Manövern von Merkel und Schäuble geht es nicht zuletzt – und das sollte die SPD wissen – um einen erbitterten Abwehrkampf gegen neue linke Protestbewegungen in Europa. Denn sollte sich SYRIZA trotz Querschüsse und Intrigen gegen die europäische Machtelite behaupten, „ist das Projekt deutscher Vormachtstellung in der EU – bisher abgesichert durch Exportüberschüsse, niedrige Lohnkosten und durch die Drohung mit sozialem Abstieg (Hartz IV) sowie einer europäischen Schuldenbremse – gefährdet“ (Tom Stroschneider). Sichtbar würde eine Alternative, die die Menschen inspirieren kann, nicht mehr an die Alternativlosigkeit „marktkonformer Demokratie“ (Merkel) zu glauben.

Kampf um die Köpfe

Es ist deshalb positiv zu bewerten, dass führende Gewerkschaftsrepräsentanten gemeinsam mit Wissenschaftlern in einem Aufruf bekräftigen, dass „der Politikwechsel in Griechenland keine Gefahr, sondern

eine Chance für Europa“ ist. Dieser Aufruf kann unter www.wp-europa-neu-begründen.de unterzeichnet werden. Der politische Umbruch eröffne nicht nur in Griechenland „die Chance, eine Entwicklung jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik“ einzuleiten, sondern biete „auch die Möglichkeit für einen politischen Kurswechsel in ganz Europa“. Der Aufruf lässt keinen Zweifel daran: Wer jetzt die Fortsetzung des sog. „Troika“- Reformkurses verlange, spreche faktisch „der griechischen Bevölkerung das Recht auf eine demokratisch legitimierte Neuorientierung der Politik in ihrem Land ab“. Deshalb müsse die neue griechische Regierung die Möglichkeit bekommen, „ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines „Europäischen Investitionsplanes“ werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird.

Otto König und Richard Detje ●

Dieser Artikel ist zuerst in der Zeitschrift Sozialismus 4/2015 erschienen und wurde von Hasko Hüning leicht bearbeitet und gekürzt.

— Rotlicht ✱

Keine Angst, der beißt nicht ...!

Während zum 70. Jahrestag der Befreiung weltweit an Gaskammern, Todesmärsche und Nazi-Kriegsverbrechen erinnert wurde, hat sich das Wochen-Magazin der Süddeutschen Zeitung eine besondere Würdigung geleistet: Pünktlich zum 8.Mai hat es dem Nazi Udo Voigt, 15 Jahre NPD-Vorsitzender und nun seit einem Jahr für die NPD im EU-Parlament, mit einem einfühlsamen Porträt ein Denkmal gesetzt. Auf 10 Hochglanzseiten mit gewohnt schönen Fotos erfährt der Leser, dass Voigt ein Rechter, ein Politiker mit gefährlicher Gesinnung sei, aber eben auch – ein Mensch!

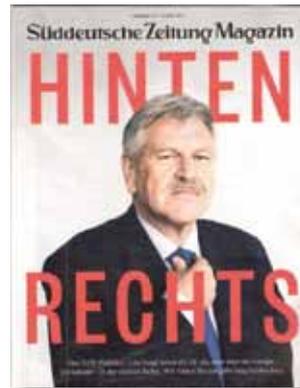
Wenn „er einen leeren Raum mit weißen Wänden sieht, geht es ihm wie den meisten: Er will ihn bunt, er will ihn gemütlich machen.“ Donnerwetter! Wenn „er lächelt sieht er verschmitzt aus. Trotzdem ist er einer der meistgehassten Menschen Deutschlands“ Tatsächlich?

Dabei sei Voigt – wie Angela Merkel – „verlässlich, berechenbar, vernünftig“. „Wenn Voigt Dinge zu besprechen hat, die niemand etwas angehen, geht er in den Wald ... Er ist überzeugt, dass er vom Verfassungsschutz abgehört wird ...“ Sollte das wirklich nötig sein?

Dass Journalisten sich für ihn interessieren, sei Udo Voigt nicht gewohnt. „Linke Zeitungen berichten gelegentlich mit einem Hang zur Hysterie, meistens wird er ignoriert.“

Da sind die Journalisten von der Süddeutschen anders. Ein ganzes Jahr haben sie Voigt in Brüssel begleitet, und sie erlebten „zähes Ringen um Verstehen, wortloses Entsetzen, aber auch interessante Gespräche und ja, heitere Momente.“

Auch der Publizist Toralf Staud, der seinen Werdegang seit Jahren kritisch beobachtet, sagt, Voigt



sei ein Kumpeltyp: „Viele können sich nicht vorstellen, dass ein Rechter gern trockenen Rotwein trinkt und gute Manieren hat, aber Voigt ist eben beides: ein umgänglicher Mensch *und* ein völkischer Rassist.“ Geht doch, oder? Man erfährt auch, dass die langjährige Sekretärin „Typ Fanmeile (ist), Knöchel-Tattoo, heiteres Wesen“ und sein persönlicher Referent „Musikwissenschaftler und Historiker“ sei, der eine Biografie über Richard Wagner verfasst habe. Alles Dinge, die man unbedingt wissen sollte. So menschelt das Zeile für Zeile.

Natürlich wird auch nicht versäumt, darauf hinzuweisen, dass Voigt – „kein unangenehmer Mensch“ – als Politiker gefährlich ist, „weil er mit seinen Reden und Ansichten ein gesellschaftliches Klima prägt, das **andere** (Hervorhebung H. D.) veranlasst, Gewalt auszuüben.“

Wir wissen natürlich nicht, was die Autoren der Süddeutschen geritten hat. Vielleicht wollten sie einfach nur Geld verdienen. Möglicherweise hielten sie das Ganze aber auch für differenzierten Qualitäts-Journalismus, der keine Vorurteile kennt. Mich hat diese unglaubliche Instinktlosigkeit nur daran erinnert, wie nahe sich doch im Zweifel die bürgerliche Welt und der gewöhnliche Faschismus sind: nicht nur in Bundeswehr, Polizei, Geheimdiensten, eben auch im Journalismus!

Horst Dejas ●



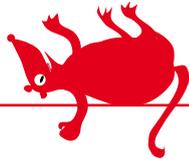
DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf unterstützt das Mietenvolksbegehren

● Wohnen ist ein Menschenrecht! Eine bezahlbare Wohnung gehört zum Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere für Menschen mit geringem oder ohne Einkommen müssen günstige Mietwohnungen bereitgestellt werden. Auch bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften stehen momentan oftmals Profite und nicht die Mieter_innen im Mittelpunkt. In Berlin herrscht immer größere Wohnungsnot. Die Mieten steigen immer weiter, die Löhne, Renten und Sozialleistungen aber nicht. Spitzenreiter bei der Mietpreisentwicklung ist nach dem Bezirk Mitte der Berliner Südwesten: In Steglitz-Zehlendorf betragen die Mietpreiszuwächse 8,4 Prozent (2014). Dort werden aktuell für einfache Wohnlagen 7,75 Euro und 9,75 Euro für bessere Wohnlagen pro Quadratmeter und Monat (netto kalt) verlangt. Dies ist für immer mehr Menschen nicht mehr bezahlbar.

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf unterstützt daher das Volksbegehren gegen steigende Mieten, das Mieter_innen der Wohnungsbaugesellschaften weitgehende Kontrolle über ihre Wohnungsbaugesellschaften geben und ihre Rechte stärken würde. Das Volksbegehren bietet eine ideale Gelegenheit, endlich die Interessen der Mieter_innen gegen die der Miethaie und des untätigen Senats durchzusetzen.

Der breite Zuspruch der Berliner Bevölkerung für den Mietenvolksentscheid ist überwältigend. In den ersten 4 Wochen wurden über 28.000 Unterschriften gesammelt und Ende Mai werden es deutlich über 30.000 sein. Anfang Juni 2015 werden die gesammelten Unterschriften und der Antrag auf ein Volksbegehren abgegeben. Das Abgeordnetenhaus hat dann vier Monate die Möglichkeit, das Gesetz für die soziale Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung anzunehmen.

Franziska Brychcy ●



Zitate des Monats ❖

„Wir können Russland nicht mit den Augen der amerikanischen TeaParty betrachten“
Gabor Steingart, Herausgeber des „Handelsblatt“

„Dass ein globalisierter Kapitalmarkt es möglich macht, sich selbst und seine Familie in Sicherheit zu bringen, indem man zusammen mit seinen Besitztümern aus seinem Land auszieht, führt die Reichen in die fast unwiderstehliche Versuchung, in den Endspielmodus zu wechseln: abkassieren, alles versilbern, die Brücken hinter sich abzufackeln und nichts zurücklassen als verbrannte Erde.“

Wolfgang Streeck, Direktor em. am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln

Jede Glorifizierung eines Menschen, der im Kriege getötet worden ist, bedeutet drei Tote im nächsten Krieg.
Peter Panter alias Kurt Tucholsky, 1932

Termine X

● **Di, 07.06., 19:00 Uhr**

Studienkreis, Geschäftsstelle der LINKEN.
Steglitz-Zehlendorf (Schildhornstr. 85a, 12163 Berlin)

Aktuelle Termine unter: <http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

● Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

● **Di, 09.06., 19:30 Uhr + ● Di, 07.07., 19.30 Uhr**

Mitgliederversammlung, Geschäftsstelle der LINKEN.
Steglitz-Zehlendorf (Schildhornstr. 85a, 12163 Berlin)

● **Do, 25.06., 18:30 Uhr, AK Kiezpolitik**, Geschäftsstelle der LINKEN. Steglitz-Zehlendorf (Adresse s.o.)

● **Jeden Dienstag ab 17.00 Uhr:**

Beratung durch Rechtsanwalt zu Hartz IV (Sozialrecht), Verbraucherrecht, Schuldnerfragen und Wohnen
Anmeldung erbeten unter (030) 70 09 67 41

Linke:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin

Tel. (030) 70 09 67 41, E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de

www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de, Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

